

## Resolution der

## **fünften Vollversammlung der XII. Funktionsperiode der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich**

am 07.06.2002

eingbracht von den Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen (AUGE)

und mehrheitlich beschlossen.

## **Keine Diskriminierung auf Grund sexueller Orientierung.**

Angesichts der Tatsache, dass – 51 Jahren nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte - in der österreichischen Verfassung noch kein Gebot der Gleichberechtigung bzw. kein Verbot der Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung existiert, und dass im österreichischen Recht immer noch einschlägige diskriminierende Bestimmungen bestehen und wie jüngst ein Beispiel in Wien zeigt (9 Monate Freiheitsstrafe, Akin Nr. 11, 16/4/2002), auch vollzogen werden, verabschiedet die AK diese Resolution, insbesondere im Hinblick auf Menschen mit gleich-geschlechtlicher Orientierung.

Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, endlich die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um in Österreich einen wirksamen Schutz gegen Diskriminierung zu ermöglichen. Das betrifft in diesem Kontext vor allem die ersatzlose Streichung des menschenrechtswidrigen §209 sowie die längst überfällige Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes wie es als Entwurf des Ludwig-Bolzmann Instituts der Bundesregierung seit über einem Jahr vorliegt.

Mit der vorliegenden Resolution unterstreicht die AK das allgemeine verfassungsrechtliche Gebot, Diskriminierung zu vermeiden, verpflichtet sich aber auch selbst, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles zu unternehmen, um den Schutz vor Diskriminierung wirksam zu unterstützen, tolerantes und akzeptierendes Verhalten zu fördern und insbesondere im Bereich des ArbeitnehmerInnen-Schutzes an der konkreten Umsetzung mitzuarbeiten.

Die Arbeiterkammer Oberösterreich fordert Nationalrat und Bundesrat der Republik Österreich auf, rasch die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um Bürgerinnen und Bürger vor Verhetzung und Diskriminierung auf Grund gleichgeschlechtlicher Orientierung in Zukunft ausreichend zu schützen.